

Kinder – und Jugendkultur

Das städtische Angebot für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende in Rheine, insbesondere an Wochenenden, ist unzureichend und muss ausgeweitet werden.

Teilhabe an Kultur beinhaltet auch, selbst aktiv werden zu können, sein eigenes kreatives Potential zu entdecken und entwickeln zu können, unabhängig von Bildung und Einkommen.

DIE LINKE. setzt sich dafür ein, dass die „Jugendkunstschule“ zu einem Ort wird,

- an dem junge Menschen in freier Atmosphäre ihre musischen Fähigkeiten erfahren, erproben und entwickeln können,
- an dem sie ihre eigenen Ideen einbringen und gemeinsam umsetzen können,
- an dem sie in kleinen Orchestern, Bands, Chören oder Tanz- und Theatergruppen ihre Fähigkeit entwickeln können zu gemeinsamem und solidarischem Handeln,
- der allen Kindern und Jugendlichen die Teilnahme ermöglicht, unabhängig von ihrer Herkunft oder vom Einkommen ihrer Eltern.

DIE LINKE. setzt sich dafür ein, dass im Rahmen der „Jugendkunstschule“ Räume zur Verfügung stehen, die Bands für ihre Proben nutzen können.



Herbert Bühner, sachkundiger Bürger für den Bereich Kultur

Verkehr und Mobilität

Unsere Ziele:

Der Stadtbusverkehr muss für alle zugänglich und bezahlbar sein!

Radfahrer und Fußgänger brauchen Platz und Sicherheit!

- einen gesicherten Stadtbusbetrieb
- Barrierefreiheit in Bussen und Zugängen, Mitnahmegestattung von Fahrrädern
- Fahrpreisermäßigungen/Sozialticket
- AST, MitfahrAPP
- Umsetzung des Radverkehrskonzepts
- mehr Tempo 30-Zonen
- Car-Sharing-Modell mit Elektroautos
- die Beschränkung der Anlieferzeiten in der Fußgängerzone



Thomas Schürmann, Ihr Ansprechpartner für Verkehrsfragen

UNSERE BITTE AN SIE:

Gehen Sie am 13. September wählen. Wählen Sie links – vor Ort und im Kreis Steinfurt!
Unsere Pressemitteilungen und aktuelle Themen zum Kommunalwahlkampf haben wir auf unserer Homepage veröffentlicht:

<https://www.dielinke-steinfurt.de/ortsverbaende/rheine/>

DIE LINKE.

Das Kurzwahlprogramm für Rheine

Was haben wir seit 2014 erreicht?

- Sozialberichterstattung der Verwaltung
- Beitragsaussetzung der Kinderbetreuungskosten während der gesamten verordneten Schließungszeit (Corona)
- Ermäßigung für städtische Kulturveranstaltungen
- Antrag zur Einführung einer Sozialquote bei künftigen Wohnbauprojekten
- Dezentrale Wahl des Integrationsrates
- Berichterstattung offene Kinder- und Jugendarbeit
- Ergänzende Straßenbeschilderung im Baugebiet Gellendorf
- Mitarbeit am Kinder- und Jugendförderplan
- und nicht zuletzt die erste Live-Übertragung einer Ratssitzung
- Mitgestaltung des Migrations- und Integrationskonzepts der Stadt Rheine

Darüber hinaus hat **DIE LINKE.**Ratsfraktion Rheine zahlreiche Anfragen und Anträge, insbesondere zu sozialen Themen an die Verwaltung gestellt, die bislang von den anderen Fraktionen kaum beachtet wurden. In unseren Pressemitteilungen und auf unserer Homepage haben wir die Bürgerinnen und Bürger darüber umfangreich informiert.



Fraktionssprecherin Annette Floyd-Wenke

Für ein Mehr an Demokratie und Teilhabe

Dafür wollen wir uns weiter einsetzen. Um dies wirksam tun zu können, brauchen wir Ihre und Deine Stimme.

Wir wollen unsere Ziele in Anträgen formulieren und nach fachlicher Auseinandersetzung im Rat beschließen lassen.

Dazu werden Mehrheitsverhältnisse benötigt, die immer dem Gemeinwohl dienen.

Deshalb brauchen wir eine Fraktion, die aufgrund ihrer Größe stark genug ist, das bestmögliche Ergebnis zu erzielen

Direkte Demokratie, Teilhabe und Transparenz kann nur durch aktive Mitarbeit aller Bürgerinnen und Bürger erreicht werden!

DIE LINKE setzt sich ein für:

- einen Kinder- und Jugendrat mit Vertretungs- und Antragsrecht in den Ausschüssen und im Rat der Stadt.
- Antragsrecht für den Seniorenbeirat
- Antragsrecht für den Beirat für Menschen mit Behinderungen
- Antragsrecht für den Integrationsrat
- regelmäßige Live-Übertragungen der Ausschuss- und Ratssitzungen

Auch das wollen wir erreichen:

- Neuausrichtung des Familienpasses
- Sozialtarife für Strom- und Gasbezieher (keine Stromsperrungen)
- Überprüfung und Anpassung städtischer Gebührenordnungen
- Angleichung der Gewerbesteuer an den NRW Durchschnitt
- Senkung der Grundsteuer B
- Überarbeitung städtischer Satzungen
(Das Sammeln von Pfandflaschen aus dem Müll ist noch immer eine Ordnungswidrigkeit, die mit einem Bußgeld bis zu 50.000€ geahndet werden kann!)

Für die Menschen in unserer Stadt

Damit Rheine ein Ort sein kann, an dem sich alle zuhause fühlen können, müssen die Lebensbedingungen auch für alle auskömmlich sein. So brauchen wir schon für die Kleinsten ein Umfeld, das ihnen umfassende Möglichkeiten der persönlichen Entfaltung, Sicherheit, gute Ernährung und gemeinsames Lernen bieten kann. Dazu gehört:

- die Abschaffung von Kitagebühren
- die Ausweitung der Betreuungszeiten
- eine gesunde und kostenfreie Ernährung
- die Abschaffung von Eigenanteilen für Bildungsmaterial
- eine kostenlose Ganztagsbetreuung
- die Beschulung minderjähriger Geflüchteter
- die Sanierung von Sporthallen und Schultoiletten und die Verbesserung der Sauberkeit und des Hygienestandards
- eine finanzielle Unterstützung für die Ausstattung der Schülerinnen und Schüler im Rahmen der Digitalisierung

Wirtschaft und Arbeit

Jetzt brauchen wir einen Schutzschirm für die von Arbeitslosigkeit betroffenen und bedrohten Arbeitnehmer, für die gastronomischen Betriebe in unserer Stadt, für unsere Handwerker und auch für den inhabergeführten Einzelhandel. Wir müssen alles unternehmen, was nötig ist um die Existenzen zu sichern. Dazu fordern wir:

- einen Strategiewechsel in der Ausrichtung der städtischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft (EWG)
- mehr öffentliche Beschäftigungsverhältnisse
- Mindestlöhne auch in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen)
- keine öffentlichen Aufträge an Unternehmen, die Leiharbeiter einsetzen oder Werkverträge anbieten.

Wohnen, Bauen, Stadtplanung

Angemessenes Wohnen ist ein anerkanntes Menschenrecht. Auch in Rheine fehlt bezahlbarer Wohnraum.

Darum setzt sich **DIE LINKE** ein für:

- die Schaffung von gefördertem Wohnraum in allen Stadtteilen von Rheine
- eine Quote von 30-40 % für den geförderten Wohnungsbau bei allen neuen Bauvorhaben
- ein städtisches Vorkaufsrecht bei Ausweisung neuer Baugebiete
- Kommunaler Boden soll gegen Erbpacht vergeben werden
- die Förderung unserer Wohnungsbaugesellschaft
- die Umwandlung des Ferienhausgebietes Elte in ein normales Wohnquartier
- die vollständige Übernahme der Straßenausbaubeiträge durch das Land
- eine frühzeitige und umfangreiche Bürgerbeteiligung bei Planungsprozessen
- öffentlich tagende Expertenrunden und regelmäßiges Berichtswesen
- die Benennung fachkundiger Berater für die jeweiligen Projekte durch den Rat.



Heinz-Jürgen Jansen, sachkundiger Bürger
für Stadtplanung